



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

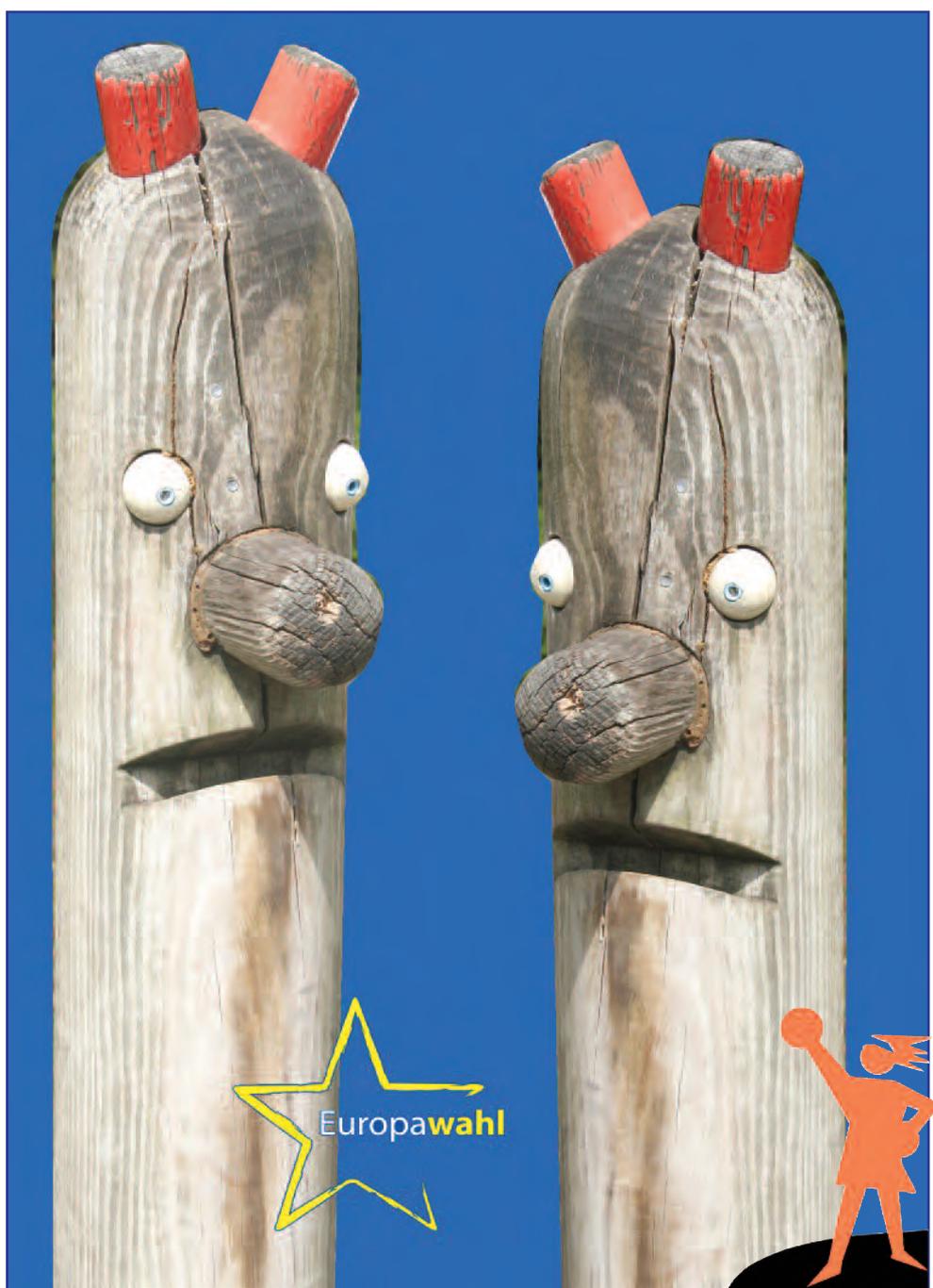
Gegenwind 245

Wilhelmshaven

Juni 2009

Lange Gesichter

Die Europawahl 2009 brachte nicht die von den Politikern erhofften Ergebnisse. Sind die Deutschen zu dumm? –Seite 2-



Auswahl

Die Europawahl aus Wilhelmshavener Sicht betrachten wir auf Seite 2: "Nichts passiert" heißt es da.

Ein kleines Wort des Wirtschaftsverbandsvorsitzenden M. Steinbrecher hat einen langen Gegenwindartikel auf Seite 4 zur Folge. Es geht um Umzüge von Mensch und Tier.

Unsere aufgepickten Ratssplinter finden Sie diesmal auf Seite 6.

Der Sozialstaat ist finanzierbar, behauptet Prof. Dr. Herbert Schui. Wir besuchten eine Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative WHV/FRI mit dem Wirtschaftswissenschaftler und berichten darüber auf Seite 7.

Plaudereien aus der Schule bringen wir auf Seite 8 zu Gehör.

Kennen Sie die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen? Wir stellen sie Ihnen auf Seite 9 vor.

Flügelkämpfe bei der Wilhelmshavener Linken? Oder geht es nur um die Pflege von Eitelkeiten? "Nachgetreten" heißt es auf Seite 10.

Groß angekündigt wurde eine Aussage des Wilhelmshavener Sozialdezernenten Stoffers, dass Hunderte von Hartz IV-Empfängern künftig weniger oder gar nichts mehr zu ihren Mieten zahlen müssen. Auf Seite 11 heißt es dazu: "Wie jetzt?"

Und zum Schluss gibt es wieder "Das Letzte". Kann man ernste Themen locker behandeln? Wir versuchen's auf Seite 12.

Meldungen und Termine gibt es wie immer bunt im Heft verstreut.

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Nichts passiert

Auch durch die Europawahl 2009 werden keine Probleme gelöst – es entstehen nur neue

(hk) Lange Gesichter gab es quer durch die Parteien – das Wahlvolk traut den Europapolitikern nichts zu. Zu groß ist das Ohnmachtgefühl gegen den angestrebten europäischen Zentralismus, zu groß die Abneigung gegen die ausufernde Bürokratie, gegen europaweite Bespitzelungs- und Großmachtspläne.

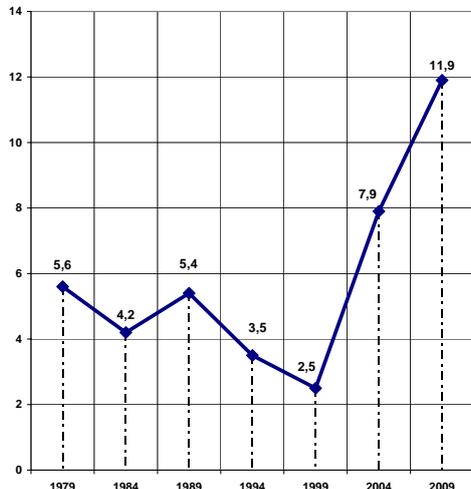
Wir wollen uns anschauen, wie Wilhelmshaven gewählt hat. Da fällt zunächst einmal auf, dass die Rechtsextremen endlich mal ein klägliches Dasein führen. Republikaner und DVU wurden von nicht einmal 300 WilhelmshavenerInnen gewählt, was allerdings kein Grund sein kann, den Kampf gegen die Faschisten einzustellen. Sie werden weiterhin versuchen, innerhalb der Gesellschaft eine Rolle zu spielen, so wie es ihnen in anderen Bundesländern und anderen europäischen Staaten schon gelungen ist. Da ist Wachsamkeit Bürgerpflicht!

Insgesamt zeigt sich, dass die faschistischen Parteien in Deutschland auch weiterhin keine politische Rolle spielen. Sie beschäftigen sich mit ihren eigenen Finanzskandalen und personellen Querelen. Einzig ernst zu nehmen (allerdings und natürlich nicht politisch!) sind noch die Kameradschaften, die durch ihre kriminelle Energie und Menschenverachtung immer wieder für Öffentlichkeit sorgen.

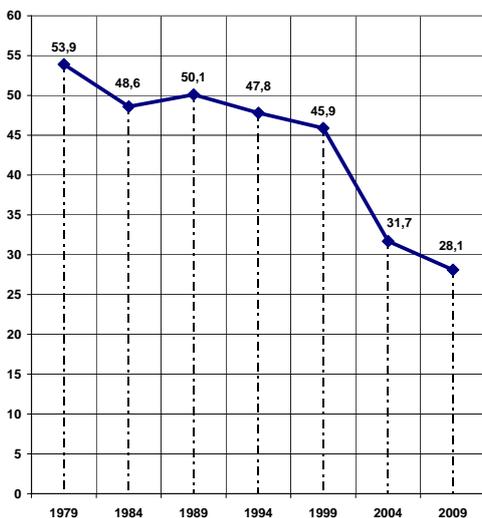
Dass die Wilhelmshavener Bürger nicht auf die Maskerade der Faschisten hereingefallen sind, ist sicherlich ein Erfolg. Nicht zuletzt auch der stetigen antifaschistischen Arbeit des Netzwerkes gegen Rechts. Auf den Aktionstagen dieses Jahres hat das Netzwerk intensive Aufklärungsarbeit im Bezug auf NPD, DVU und AG Wiking geleistet. Die Bürger scheinen verstanden zu haben und haben den Nazis ihre Stimmen versagt. (Quelle: www.stop-rechts.de)

Ooops!

Da haben die demokratischen Parteien vor der Wahl medienwirksam eine Selbstbeschränkung in Sachen Plakatierung angekündigt und mit dieser frohen Botschaft gemeinsam in eine WZ-Kamera gelächelt. 400 Plakate an 250 Standorten, und das nur an Hauptstraßen, vereinbarten sie. Bei dieser Werbeblase haben sie allesamt vergessen, bei der Stadt um Genehmigung zum Plakatieren nachzusuchen. Mit der Genehmigung hätten sie dann ein Verzeichnis der "erlaubten" Straßen bekommen. Am Ende hingen Plakate an Stellen, die weder nach der Selbstverpflichtung von CDU, SPD, LINKE, FDP und GRÜNE noch im städtischen Verzeichnis erlaubt waren. Und die zuständige städtische Mitarbeiterin verzichtete zwar auf nachträgliche Anträge, schenkte den Parteien aber doch einen ein: *"Grundsätzlich begrüße ich eine interne Verständigung der Parteien über eine zahlenmäßige Begrenzung der Wahlplakate. Dabei muss aber allen zugelassenen Parteien die Möglichkeit für Wahlwerbung durch Plakate im öffentlichen Straßenraum gegeben sein. Bei einer Anzahl von 400 Plakaten (bei 31 zugelassenen Parteien für die Europawahl!!!!) dürfte das aber tatsächlich wohl ausgeschlossen sein!"* – Stimmt!



Wirklich zufrieden kann wohl nur die FDP sein – wie oft wurde sie schon totgesagt, doch dann gibt es immer wieder Leute, die auf Waschmittelreklame und Westerwell'sche Worthülsen anspringen. Und so konnte es passieren, dass eine Partei, die nichts anderes zu bieten hatte als 'Wir haben eine Krise, weil wir nicht in der Regierung mitbestimmen. Mit uns gäbe es keine Krise' von den WilhelmshavenerInnen aus der 1999er Bedeutungslosigkeit (2,5%) auf fast 12% katapultiert wurde.

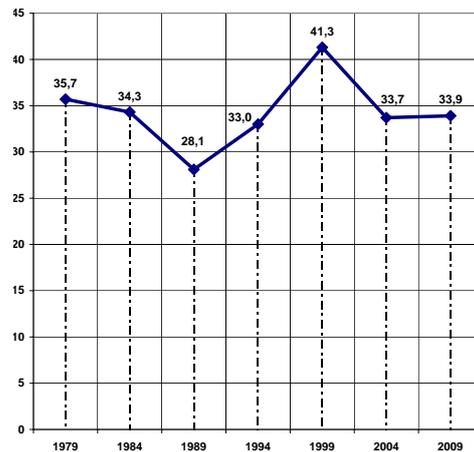


Die Wilhelmshavener Sozialdemokraten können einem schon fast leid tun: Im freien Fall trudeln sie seit 1979 von der absoluten Mehrheit (53,9%) auf klägliches 28,1% bei dieser Europawahl – das Möllemannsche Ziel von zu erreichenden 18% dabei fest im Blick. Doch das Mitleid für die Wilhelmshavener Sozialdemokraten hält sich in Grenzen. Hat eine Partei, die sich von einigen wenigen unfehlbaren und überheblichen Parteifürsten in den Boden stampfen lässt, etwas Besseres verdient?

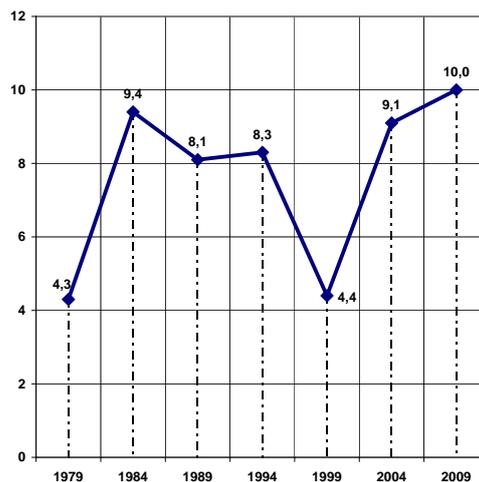
Südstadt!!

BAVARIA KRUG

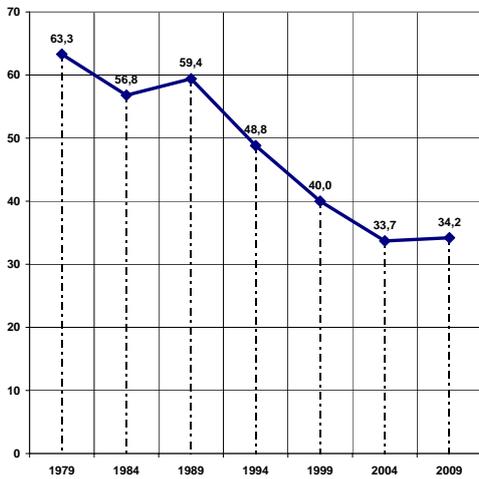
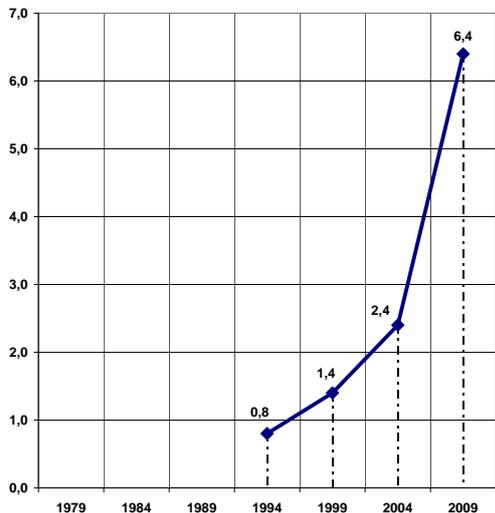
Betreutes Trinken seit 1913!



Auch die Christdemokraten sehen sich als Sieger der Wahl; und in Wilhelmshaven haben sie immerhin 0,2 Prozentpunkte dazugewonnen. Schon erstaunlich für eine Partei, die mit nichts außer einem Kandidaten namens 'Europa-Mayer' in den Wahlkampf zog. Dabei kann man kaum von einem Wahlkampf sprechen, und Europa spielte sowieso keine Rolle.



Und die Grünen? In Wilhelmshaven traditionell recht stark (vom 1999er 4,4%-Ausrutscher einmal abgesehen) erreichten sie in diesem Jahr sogar einen zweistelligen Prozentsatz. Und das trotz der peinlichen Europawahlkampagne namens "WUMS". Vielleicht haben sich ja viele WilhelmshavenerInnen den Klasse-Spot der Grünen im TV angesehen, der mit dem WUMS endete: Dann könnte man verstehen, dass so viele für die Grünen stimmten. Mal sehen, was davon im Europaparlament ankommt.



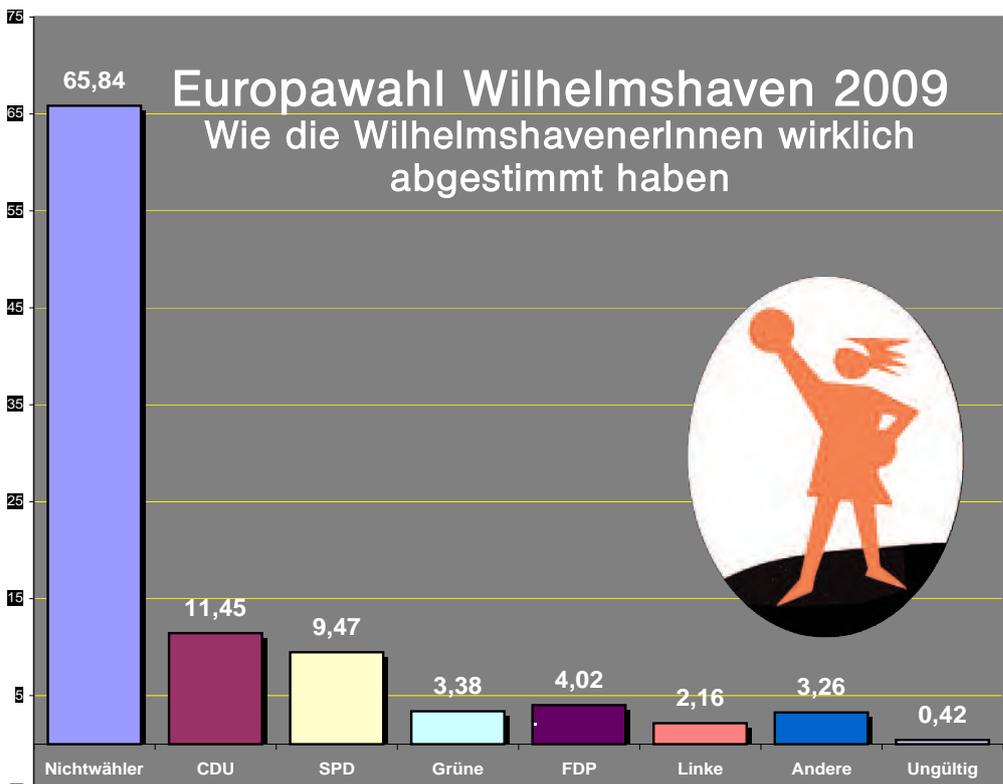
DIE LINKE.

Wir haben in unserem Schaubild Die Linke zur Nachfolgeorganisation der PDS gemacht. Das

ist zwar nicht so ganz korrekt – trifft aber die Wählerschichten wohl am Besten. Die Werte bis 2004 gehen also aufs Konto der PDS, der diesjährige Wert wurde von der Linken erreicht. Die 6,4% sind übrigens das niedersachsenweit beste Ergebnis für die Linke! Doch man hatte eigentlich mehr erwartet, schließlich stand die Messlatte in Wilhelmshaven seit der Landtagswahl 2008 auf 11,3%. Da kommt dann trotz des Erfolges ein wenig Unzufriedenheit auf. Die Linke war übrigens die einzige Partei, die sich auch mal inhaltlich europakritisch (z.B. Ablehnung der Lissabon-Verträge) zeigte. Hier hätte sich ein offensiveres Auftreten mit Sicherheit motivierend auf die Nichtwähler ausgewirkt. So blieb letztendlich auch der Wahlkampf der Linken im europäischen Einheitsbrei stecken.

Nichtwähler Seit vielen Jahren belegen wir anhand der geringen Wahlbeteiligung, wie wenig legitimiert die Herren und Damen in Brüssel, Berlin, Hannover... sind. Und es ist ja nicht durchweg Faulheit oder Politikverdrossenheit, die zum Nichtwählen führen. Es ist ja auch oft ein bewusster Schritt zu sagen, dass man nicht wählen geht. Und das wird gerade bei der Europawahl klar – denn das Europarlament macht in besonderer Weise deutlich, wie unbedeutend der Wille der WählerInnen ist. Wenn das Volk nicht spurt, dann wird es auf irgendeine Weise beschissen, wie z.B. mit der Umwandlung der europäischen Verfassung (die ja von mehreren Mitgliedsstaaten abgelehnt wurde) in einen Vertrag, bei dem das Volk nicht mehr gefragt werden muss. Auch die absolute Ferne der Europapolitiker von der Basis hat dazu beigetragen, dass sich die Wahlbeteiligung von fast 2/3 im Jahre 1979 auf man gerade noch 1/3 in diesem Jahr reduziert hat. Den Politikern ist das egal, sie werden sich auch noch für Volksvertreter halten, wenn die Wahlbeteiligung im einstelligen Bereich angelangt ist.

Europawahl Wilhelmshaven 2009
Wie die WilhelmshavenerInnen wirklich abgestimmt haben



Eindrucksvoll ragt die Säule der Nichtwähler in den Himmel. Die Ergebnisse der Parteien dagegen wirken schon beinahe peinlich (was sie ja auch sind). Bei dem Herrn im Rückchen (der ja auch schon unser Titelbild zierte) handelt es sich nicht um eine Verfremdung des Rüstringer Friesen sondern um ein Logo der attac-Aktion "Wir zahlen nicht für eure Krise!"

Mütter Zentrum

Wertstr. 45
Tel. 506 106

Secondhand für Mutter und Kind

Gutschein - Gutschein - Gutschein

Sind Sie Hilfeempfänger, dann erhalten Sie bei uns pro Bewilligungsbescheid einen Gutschein über 10 €! Damit können Sie frei aus unserem gut sortierten Angebot (Kinder-Teenager- oder Damenbekleidung, Spielzeug od. Kinderbedarf, Bett- u. Tischwäsche) wählen.

Ist Ihr Kind aus der Erstlingswäsche raus, dann können Sie auch dafür einen Gutschein entsprechend der Anzahl der gut erhaltenen Kleidungsstücke bekommen.

Wir freuen uns auf Sie!!!

Jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr durchgehend geöffnet

Öffnungszeiten Café MüZe:

Dienstag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 12.30 Uhr
Mittwoch + Freitag von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Wohnraumnot und Blutgrätsche

Warum die Rohrdommel nicht einfach "umziehen" kann und was das mit Fußball zu tun hat

(iz) Unlängst äußerten sich Vertreter der Wirtschaftsverbände, namentlich AWW-Präsident Martin Steinbrecher, über den Konflikt zwischen Naturschutz und wirtschaftlicher Nutzung im Voslapper Groden: Die Rohrdommel möge doch einfach umziehen. Wir versuchen ihm zu erklären, warum das eben nicht so einfach geht.

Im vertrauten Kreise der Wirtschaftsfachleute (AWV-Wirtschaftsforum Anfang Mai) fragte Herr Steinbrecher: "Menschen müssen wegen des Naturschutzes umziehen. Warum sollte die Rohrdommel nicht genauso flexibel sein?" Diese Frage können und wollen Naturschutzfachleute gern beantworten. Wenn es denn so einfach wäre für diese sensible Vogelart, von ihrem angestammten Lebensraum in einen anderen zu wechseln, dann wäre ihr Bestand nicht auf heute gerade noch 15 bis 20 Exemplare in ganz Niedersachsen geschrumpft. Zwei Paare davon brüten im Voslapper Groden.

In einem Gutachten des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) vom November 2007¹⁾ steht zu lesen: "Aus landesweiter Sicht ist das Vorkommen der vom Aussterben bedrohten Rohrdommel von essenzieller Bedeutung, denn im Voslapper Groden Nord und Süd kommen derzeit ca. 30-40% des aktuellen niedersächsischen Gesamtbestandes an Rohrdommeln in hoher Stetigkeit vor."

Traum-Immobilie Voslapper Groden

Als Bruthabitat bevorzugt die Rohrdommel störungsfreie Verlandungsröhrichte von Stillgewässern. Zur Nahrungssuche und zum Nestbau benötigt sie ausgedehnte, baumlose Flachufer mit breiten, wasserdurchfluteten Schilf-Röhrichtbeständen. Mit gut 200 Hektar Sumpf-, Röhricht- und Wasserflächen ist allein der Voslapper Groden Nord die Traum-Immobilie für jede Rohrdommel.

Bei Wiefels investierte die staatliche Vogelschutzbehörde unlängst knapp 45.000 Euro, um ein Feuchtgebiet so umzustrukturieren, dass dort beobachtete Rohrdommeln es auch als Brutplatz annehmen. So leicht lässt

Vortrag im Rahmen der Fachtagung der Norddeutschen Naturschutzakademie zur FFH-Verträglichkeitsprüfung am 28. November 2007

sich allerdings ein Brutplatz nicht "nachbauen". Das Mosaik verschiedenster Lebensraumtypen im Voslapper Groden, das neben der Rohrdommel noch etwa 50 weitere (auch gefährdete) Vogelarten als Brutplatz anzieht, ist mindestens niedersachsenweit einmalig, und der Mensch kann nicht einfach irgendwo anders etwas reproduzieren, was die Natur hervorgebracht hat. Zwar wurden die Flächen vor gut 30 Jahren von Menschenhand aufgespült, doch entscheidend für die vielfältige Struktur ist zum einen der Untergrund aus ehemaligen Watten und Salzwiesen, zum anderen die Zusammensetzung der aufgespülten Sedimente, die verschiedensten Erdzeitaltern entstammen und sich nach Naturgesetzen verteilen, die der Mensch nicht beeinflussen kann.

"Aufgrund der großflächigen und eng verzahnten Ausstattung mit seltenen Biotoptypen sowie weitgehender Störungsarmut in den Kernflächen siedelte sich eine große Zahl von seltenen und bedrohten Vogelarten an", fasst das NLWKN-Gutachten zusammen. "Für Tüpfelsumpfhuhn, Blaukehlchen (herausragende Brutdichten), Schilfrohrsänger, Wasserralle und Rohrschwirl ist der Voslapper Groden eines der wichtigsten Brutgebiete in Niedersachsen."

Täglich 167 Fußballfelder

Könnte die Rohrdommel einfach umziehen, dann wäre sie nicht in den Roten Listen der bedrohten Tierarten Deutschlands und Niedersachsens aufgeführt, dann gehörte sie nicht – neben Tüpfelsumpfhuhn, Blaukehlchen, Rohrschwirl, Schilfrohrsänger und Wasserralle – zu den wertbestimmenden Arten, die in der EU-Vogelschutzrichtlinie aufgeführt sind. Denn nicht nur in Wilhelmshaven, sondern deutschland- und europaweit entscheiden täglich Kommunal- oder Regionalpolitiker zugunsten der Wirtschaft über die Zerstörung gefährdeter Lebensräume. Die Summe der Einzelentscheidungen führt dann zur

In Wilhelmshaven scheint die Rohrdommel in bestimmten Kreisen mittlerweile der meistgehasste Vogel zu sein. Das ist nicht überall so: Am Dämmer gibt es einen Rohrdommelweg nebst einem Gasthof namens "Zur Rohrdommel" sowie die Seglervereinigung "Rohrdommel Hüde".

endgültigen Auslöschung von Tier- und Pflanzenarten. Doch jeder entscheidet weiter in seinem kleinen Dunstkreis nach der Devise "wird schon nicht so schlimm sein" – ohne zu überlegen, dass die Nachbarn ebenfalls einen Bebauungsplan nach dem anderen auf den Weg bringen.

Seit vielen Jahren verschwindet allein in Deutschland Tag für Tag eine Fläche in der Größe von 120 Hektar unter Stein und Beton, Parkplätzen und Gewerbegebieten. Das entspricht der Größe eines stattlichen landwirtschaftlichen Betriebes (Haupterwerb, Durchschnitt bundesweit: knapp 60 ha). Um die Dimensionen zu verdeutlichen, nehmen wir mal eine Maßeinheit, die den meisten Deutschen und auch Herrn Steinbrecher geläufiger sein dürfte:

Ein Fußballfeld (Länderspielstandard) misst 68 x 105 m = 7149 m² = 0,72 Hektar
Täglicher Flächenverbrauch BRD:
 167 Fußballfelder
 Größe des Naturschutzgebietes Voslapper Groden Süd = 380 ha = 528 Fußballfelder
 Größe des Naturschutzgebietes Voslapper Groden Nord = 267 ha = 370 Fußballfelder

Bereits 12,3% der Fläche Deutschlands werden als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt (Tendenz weiterhin steigend).

Die Rohrdommel hat übrigens zur Brutzeit einen Raumbedarf von 40 bis 50 ha = 55 bis 70 Fußballfelder. Das Blaukehlchen begnügt sich mit 1,5 Hektar (2 Fußballfelder) für das Kinderzimmer und umzu, dafür sind aber auch fast 60 Paare allein im nördlichen Groden zu Hause.

Lange Bauzeiten

Der NLWKN errechnet allein für den Voslapper Groden Nord einen Kompensationsbedarf (Ersatzflächen) von 287 ha, bei einer Regenerationszeit von (je nach Lebensraumtyp) bis zu 25 Jahren. Es wird eingeräumt, dass es im neu hergerichteten Ersatzlebensraum "funktionale Defizite" durch abweichende chemisch-physikalische Faktoren und lange Regenerationszeiten geben kann – deshalb der Flächenzuschlag (Kompensation >1:1). Rechnerisch ist das alles sauber hergeleitet – bei dem traurigen Restbestand an Rohrdommeln ist es allerdings ein gewagtes Unternehmen, zu testen, ob die Tiere sich auf so lange Bauzeiten für das neue Domizil und abweichende Wohnqualität einlassen.

Faktenverweigerung

Schade, dass Herr Steinbrecher und seine Freunde nicht am Tag nach dem "Wirtschaftsforum" zu dem eindrucksvollen öffentlichen Vortrag über die biologische Vielfalt im Voslapper Groden gekommen sind, zu dem die Naturschutzgruppe des deutschen Alpenvereins und befreundete Naturschutzverbände eingeladen hatten. Statt - wie nun seit Jahren - laienhaft falsche Behauptungen in die Welt zu setzen, wäre dies die große Chance gewesen, dass sich Wirtschaftsfachleute



JONATHAN
 NATURKOST
 Die Bio-Frische in Wilhelmshaven
 Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438
 Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

auch in Sachen Naturschutz schlau machen. Es geht im Voslapper Groden beileibe nicht "nur" um eine einzige Rohrdommel, sondern um ein paar Dutzend wertvolle Brutvogelarten, dazu eine Vielfalt bedrohter Lebensräume, die auch zahlreichen geschützten Pflanzen, darunter allein 13.000 (!) Orchideen vier verschiedener Arten, ein Refugium sind.

Gern werden die Beteiligten den Vortrag das ein oder andere Mal wiederholen – ob für die Wirtschaftsverbände oder auch für den Rat der Stadt. Voraussetzung ist die Bereitschaft, sich – inklusive Fragen und Diskussion – etwa zwei Stunden lang naturschutzfachlich fortzubilden und auf diese offenbar fremde Materie einzulassen.

Seitens der Umweltverbände ist diese Bereitschaft da, sich mit anderen Fachinteressen auseinanderzusetzen. Auch Naturschutzfachleute sind Menschen, die mit der Region verhaftet sind und nicht nur am Wohlergehen von Tieren und Pflanzen, sondern auch ihrer Mitmenschen interessiert sind. Auch sie möchten, dass Arbeitsplätze geschaffen werden – im Einklang mit der Natur. Doch Lebensqualität bedeutet nicht nur ein festes Einkommen. Lebensqualität macht sich nicht an Eigenheim und Auto fest. Lebensqualität bedeutet auch die Nähe zu intakter Natur als Erholungs- und Entspannungsraum, die jedem Menschen als Grundrecht zusteht, ohne erst eine weite Urlaubsreise in fremde Länder antreten zu müssen.

Deshalb ist nicht nachvollziehbar, dass ohne Not dieses Kleinod – der Voslapper Groden mit der Rohrdommel als Symbolart – zerstört werden werden soll. Ohne Not bedeutet: Zunächst gilt es doch einmal, nach Fertigstellung des Containerterminals ansiedlungswillige Betriebe auf dem neu entstandenen Hafengroden direkt neben der Kaje unterzubringen, bis diese Fläche ausgeschöpft ist. Dann stehen auch noch Flächen auf dem Rüstereieler und dem Heppenser Groden zur Verfügung, die im Landesraumordnungsprogramm gleichfalls für hafengebäuhende Nutzung ausgewiesen sind. Und erst wenn diese Flächen und weitere Gewerbegebiete in Wilhelmshaven und im Umland (das auch einen Stück vom JadeWeserPort-Kuchen abhaben möchte und sollte) alle bebaut sind, darf man darüber nachdenken, bei konkreten – und nicht nur herbeigesehnten – Investorenwünschen den Voslapper Groden ins Kalkül zu ziehen. Und selbst dann besteht kein Anlass, dieses einmalige Naturgebiet gleich en bloc "plattzumachen". Was bleibt, ist das Problem, dass sich die Zerstörung nicht kompensieren

TRIANGEL second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

ließe – eine derartige Strukturvielfalt lässt sich eben nicht einfach irgendwo "nachbauen".

Wer umzieht, bestimmt die Wirtschaft

Bleibt eine Frage an Herrn Steinbrecher: Wo bitte müssen oder mussten jemals Menschen "wegen des Naturschutzes umziehen", wie er behauptet? Menschen mussten und müssen umziehen, weil neue Straßen gebaut werden. Weil Flächen für den Bergbau in Anspruch genommen werden. Unter Stauseen, Talsperren, Abraumhalden verschwand und verschwinden weltweit bis heute Häuser, Dörfer, Heimat und kulturelles Erbe. Menschen mussten umziehen, als das PVC-Werk und die Raffinerie im Voslapper Groden entstanden. Wer sich weigerte, wie die standhafte Hermine Eilers, wurde zwangsgeräumt.

Na gut, neulich musste in Spanien mal ein Prominenter umziehen, der verdonnert wurde, seine illegal in einem Naturschutzgebiet gebaute Villa wieder abzureißen. Der arme Kerl muss jetzt umziehen, in eine andere seiner Villen.

Aber üblicherweise entscheiden die Wirtschaft und ihre Lobby in Politik und Medien, ob es Menschen zumutbar ist, ihre angestammte Heimat zu verlassen – je nachdem, welche Argumente benötigt werden. Ist es gerade mal wieder angesagt, auf Arbeitslosen rumzuhacken, dann wird lauthals gefordert, die Menschen müssten beweglich sein und notfalls unter Aufgabe aller sozialen Beziehungen quer durch die Republik Richtung Arbeitsplatz nomadisieren. Ist jedoch ein Unternehmen auf einen bestimmten Standort fixiert, dann wird auf die Tränendrüse gedrückt: Ein Investitionsvorhaben muss genau an diesem Standort umgesetzt werden, damit die armen Menschen, die dort arbeiten oder theoretisch arbeiten könnten, nicht umziehen müssen. Auf diese Art hat es zum Beispiel die Meyer-Werft erreicht, in Papenburg kleben zu bleiben, statt 50 km weiter ans kreuzfahrtschiffstiefe Wasser in Emden zu ziehen. (Das ist in etwa die Strecke, die täglich viele Arbeitnehmer/innen zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven pendeln.) Für die Meyersche Klebkraft wurden und werden weiterhin Steuergelder in astronomischer Höhe versenkt, um einen Fluss in einen annähernd toten Kanal zu verwandeln – was weder ökologisch noch volkswirtschaftlich Sinn macht.

Mensch und Natur haben sich den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen und nicht umgekehrt. Das ist die Realität, Herr Steinbrecher. Wir freuen uns auf Ihren Besuch beim nächsten Vortrag des DAV zum Voslapper Groden. □

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL
KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken - Parties - Konzerte

www.kling-klang-whv.de
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen
www.myspace.com/klingklang

Waterkant

Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion

Solidarität und Unterstützung

Die WATERKANT - Vierteljahres-Zeitschrift für "Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion" - wurde 1986 von der AKTIONSKONFERENZ NORDSEE (AKN), einer in Bremen ansässigen Meeresschutzorganisation, als Mitteilungsblatt gegründet. Nach mehr als 22 Jahren musste die AKN die Herausgeberschaft Ende 2008 jedoch aus finanziellen Gründen beenden. Die WATERKANT, vorwiegend verbreitet bei engagierten Nordsee- und Meeresschutz-Aktiven, Küsteninitiativen, größeren Umweltverbänden sowie Schifffahrtskreisen und maritimen wissenschaftlichen Einrichtungen, wird seit Januar 2009 herausgegeben vom Förderkreis WATERKANT, einem eigenständigen Verein, der von einigen langjährigen MitarbeiterInnen des Blattes getragen wird.

WATERKANT befasst sich nicht nur mit Naturschutz und Meeresforschung. Küstenstruktur- und Verkehrs-Politik sowie andere dringende gesellschaftliche Fragen finden ebenfalls ein Forum. WATERKANT ist nicht einäugig auf die Küste fixiert, sondern schaut auch ins Binnenland - und hin und wieder sogar in die weite Welt. Denn die Ursachen der akuten Probleme von Nordsee, Wattenmeer und Küstenregion sind oft nicht hier vor Ort zu suchen: Umweltzerstörung, gesundheitliche Schäden, Arbeitslosigkeit und soziales Elend haben in der Regel eine gemeinsame Ursache - sie sind Folgen des trotz Krise noch immer nahezu ungehemmten neoliberalen Wettbewerbs und der rücksichtslosen, globalen Jagd auf Ressourcen und Profite. Redaktion und AutorInnen der WATERKANT sind ehrenamtlich tätig, und das regelmäßige Erscheinen des Heftes kann nur gesichert werden, weil auch in der technischen Produktion und beim Vertrieb teilweise ohne Bezahlung gearbeitet wird.

Die WATERKANT kann keine umfangreichen Werbeaktionen finanzieren, sie ist angewiesen auf Unterstützung und Verbreitung, auf Abonnenten, auf Spenden und auf aktive Mitarbeit.

Kontakt eMail: buero@waterkant.info
Postanschrift: Redaktion WATERKANT
Offenwardener Strasse 6, 27628 Sandstedt
WATERKANT im Internet: www.waterkant.info (hk)

Bunny Ranch
Ludys Wear

shopping deluxe

T-shirts ab 14,99
Kleider ab 29,99
Sweats ab 34,99
Schals 9,99

Mo-Fr
12:30 - 18:00
So
11:00 - 17:00

www.myspace.com/bunnyranchshop

NEU AM BÖRSENPLATZ

Ratssplitter

vom 19. Mai 2009
aufgepickt von Imke Zwoch

Im Mittelpunkt der Diskussion stand wieder einmal das Überleben der Geschäfte in der Innenstadt. Kaum waren Warnungen vor leichtfertigen Konkurrenzansiedlungen auf der grünen Wiese mehrheitlich vom Tisch gewischt, als die Nachricht vom Tod des traditionellen Kaufhauses in der City wie eine Bombe einschlug und überlegenes Lächeln langen Gesichtern wich.

Umbenennung: Geht doch einfach!

Seit 1962 hieß das Gebäude Virchowstr. 29 Volkshochschule oder Stadtbücherei, jetzt heißt es Hans-Beutz-Haus. Beutz war von 1945 bis 1960 Wilhelmshavener Kulturdezernent (danach Regierungspräsident in Aurich) und hat maßgeblich an der Neugründung und Wiederbelebung vieler kultureller Einrichtungen unserer Stadt mitgewirkt. 1989 gründete er mit seiner Frau Edith die "Hans-Beutz-Stiftung für Verdienste um Erziehung und Bildung". Dahinter steht ihre Forderung nach einer kontinuierlichen Bildungsgerechtigkeit als Voraussetzung für eine gleichwertige Lebensqualität und einen gleichwertigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensstandard.

In diesem Jahr wäre der 1997 verstorbene Hans Beutz 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass beschloss der Rat einstimmig, das Zentrum der außerschulischen Bildung an der Virchowstraße nach ihm zu benennen. "Wichtige Jahre seines Lebens verbrachte er im Ausland und nicht zuletzt im demokratischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus", heißt es in der Begründung zum Ratsbeschluss ("Widerstand gegen alles Radikale", sagte Wilfrid Adam). Beutz wurde 1909 als Sohn eines Werftarbeiters und aktiven SPD- und Gewerkschaftsmitgliedes in Bant geboren. 1933 verlor er seinen Job bei der Angestelltengewerkschaft und brach sein Politikstudium ab. Bis 1936 studierte und arbeitete er in England und Dänemark, kehrte dann aber nach Deutschland zurück und arbeitete von 1939 bis 1945 als Hilfsarbeiter in der Auslandsaufklärung des Reichsluftfahrtministeriums.

Wie auch immer, der Rat hat bewiesen, dass ein Gebäude von no-name ruckzuck umbenannt werden kann. Wieso tut er sich dann so schwer, die Agnes-Miegel-Schule vom bad-name (der faschistenfreundlichen Dichterin) nach einer politisch korrekten Vorbildperson umzubenennen?

Homo oeconomicus

80 neue Betreuungsplätze, darunter 45 Krippenplätze, sollen in einer neuen Kindertagesstätte an der Fachhochschule entstehen. Gute Sache das, gib't eigentlich nix zu diskutieren. ☺ Ratsherr Felbier (CDU) nutzte das

Thema dennoch für eine Wahlkampfredde (zu welcher Wahl eigentlich?), in der er den Sinn von Kindergärten volkswirtschaftlich begründete: Durch gute Bildung und Betreuung könne man "die Kaufkraft sichern" und "der Wirtschaft helfen" – so würden sich Kindergärten "volkswirtschaftlich amortisieren". Geht's noch? Haben junge Menschen nur deshalb ein Recht auf Bildung, damit sie später eine perfekte Ressource im kapitalistischen System sind? Diese argumentative Unsitte, die Bedeutung des Menschen nach dem Grad seiner wirtschaftlichen Nutzbarkeit zu bemessen, bzw. "Investitionen" in Menschen damit zu rechtfertigen, ist leider weit verbreitet, und nicht nur Felbier sollte mal reflektieren, was er da nachplappert. ☹ Was gleiche Bildungschancen eventuell mit Lebensqualität und Menschenwürde zu tun haben, könnte er auch Hans Beutz fragen, wenn der nicht schon tot wäre. Die Retourkutsche kam von OB Menzel, der Felbier aufforderte, mal seine politischen Verbindungen zur Landesregierung zu nutzen, damit die Stadt nicht allein auf den Betriebskosten für den Kindergarten sitzenbleibt.

Falsch lag Felbier übrigens auch mit seinem Tipp, Werder Bremen würde mit 2:1 den UEFA-Cup holen.

Fragwürdig bleibt, warum das Bauvorhaben im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung durchgeführt werden soll – immerhin wird hier ja wieder ein Stück Freifläche zugebaut, und da sollten, auch im Interesse der Kinder, Naturschutzbelange angemessen berücksichtigt werden.

Ring frei

Direkt gegenüber von Hombach, an der B 210 neben der Burgerschmiede, soll ein neuer Baumarkt der Billigkette TEDOX entstehen. Bislang war die Fläche für Betriebe der Kfz-Branche vorgesehen, doch der private Grundstückseigentümer kriegt die Flächen so nicht vermarktet. Dem Manne muss geholfen werden. Außerdem wurde schon in die Infrastruktur investiert, und das "Tor zur Stadt Wilhelmshaven" soll weiter "entwickelt und vermarktet" werden. Oha. Wer hat denn den Quatsch in die Planbegründung reinformuliert? Baumärkte und Bürgerbuden als repräsentatives Eingangsportal einer Stadt?

Egal, Hauptsache die Fläche wird zugestellt. Da kommt eben noch ein Baumarkt her! Da hat die Welt drauf gewartet und Hombach und Praktiker vermutlich auch. Über 70 Filialen hat der Renovierungs-Discounter TEDOX bundesweit, so auch in Oldenburg, Delmenhorst und Bremerhaven¹⁾. Die Billigheimer am Stadtrand dürfen stets einen Teil ihrer Fläche auch mit "innenstadtrelevanten" Sortimenten wie Textilien oder Zoobedarf belegen. In diesem Fall sind es 10% der 3200 qm Verkaufsfläche, durch eine Änderung erhöhte sich dieses Zusatzsortiment noch einmal um 75 qm. In der Praxis erweist es sich als schwierig, die

Märkte auf die Begrenzung dieser Zusatzsortimente festzunageln, wie es sich in der Vergangenheit schon bei Marktkauf zeigte – das gab auch Ratsvorsitzender Norbert Schmidt zu bedenken. Das Nachsehen haben dann die kleineren Fachgeschäfte in der Innenstadt.

Die CDU-Fraktion, die im Bauausschuss noch dafür gestimmt hatte, einen Bebauungsplan für TEDOX aufzustellen, hatte seitdem wohl schlaflose Nächte und beantragte jetzt, den Punkt in den Fachausschuss zurückzuverweisen. SPD-Sprecher Neumann vertrat jedoch die Ansicht, dass ja innerhalb des Planungsverfahrens alle Bedenken auf den Tisch kämen und diskutiert würden: "Ohne Einwendungen kann man nicht beraten." Der CDU geht es aber nicht nur um die Einwendungen von Leffers & Co, sondern um eigene grundsätzliche Bedenken. Ratsherr Hellwig wollte nicht "etwas auf die Reise bringen, was uns nachher teuer zu stehen kommt". Sein Fraktionschef Günter Reuter unterstrich, wenn die Planung erst einmal auf den Weg käme, "ist das nachher die Macht des Faktischen". Da hat er ausnahmsweise mal Recht ☺. Ist so ein Plan erst einmal aufgestellt, werden zwar die eingereichten Bedenken diskutiert und abgewogen und im Detail vielleicht noch etwas verändert, aber das Vorhaben als solches nicht mehr gekippt.

OB Menzel mochte nicht glauben, dass "75 m² innenstadtrelevante Dinge der Tod der Innenstadt" sein sollten: "Wenn die Innenstadt das nicht aushält, dann..." (Ja, was dann? Machen wir die Innenstadt zu? Passend zum Darwin-Gedenkjahr, "survival of the fittest", nur die Stärksten überleben? "...dann sollten wir in anderer Form diskutieren". Also wie immer: Vorausschauende Stadtplanung findet nicht statt, man nimmt, was kommt. Da hat sich einer verspekuliert und die Stadt ist sofort zu Diensten, egal welche Auswirkungen das in anderen Bereichen hat?

Hellwig fand es "nicht belustigend, über den Tod der Innenstadt zu fabulieren". Wenig später fand das auch sonst keiner mehr lustig – als nämlich über den heißen Draht aus der Pressecke bekannt wurde, dass die Gläubigerversammlung das Aus für die Hertie-Kaufhäuser beschlossen hatte. Ob das was damit zu tun hat, dass (bundesweit) Ratsmitglieder den Billigmärkten am Stadtrand Tür und Tor öffnen? Im Wilhelmshavener Ratssaal jedenfalls bewirkte auch die große Betroffenheit kein Umdenken: Gegen die Stimmen der CDU wurde der TEDOX-Bebauungsplan auf den Weg gebracht. ☹ ☐



ROCK FISCH

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

1) 1972 gründen Karl-Heinz Rehkopf und Rainer Wunderlich auf einem Bauernhof die Teppich-Domäne Harste, wo sie mit Erfolg Teppichfliesen verkaufen. Bereits Mitte der 80er Jahre war das Unternehmen auf 14 Filialen gewachsen. Auch das Sortiment wurde vielfältiger. Es wurden unter anderem Tapeten, Farben, Gardinen, Möbel und Haushaltswaren angeboten. 1986 spaltet sich das Unternehmen auf. Karl-Heinz Rehkopf führte die Teppichdomäne Harste (heute Tedox) weiter.

Trotz Krise

„Der Sozialstaat ist finanzierbar“ - eine Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative

(noa) Interessante Einblicke in unser Wirtschaftssystem gab es in der Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland am 9. Juni. Prof. Dr. Herbert Schui, Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied des Bundestages für DIE LINKE, sprach zum Thema „Der Sozialstaat ist finanzierbar – wie geht das?“

Da aus Kreisen von CDU/CSU/SPD/FDP/GRÜNEN gerne mal behauptet wird, jetzt in der „Finanzkrise“ sei das mit dem Sozialstaat noch schwieriger geworden, fügte die ALI dem Thema noch den Zusatz „in der Krise“ hinzu.



Die gegenwärtige Krise wurde zu Beginn und wird z.T. immer noch als Banken- oder Finanzkrise bezeichnet. Doch die waghalsigen Geldgeschäfte, mit denen sich die Banken zu rettungsbedürftigen Instituten gemacht haben, waren nicht die eigentliche Ursache der Krise, sie traten nur hinzu. Was wir momentan erleben, so erklärte Schui, ist eine „normale“ zyklische Krise, wie das kapitalistische Wirtschaftssystem sie regelmäßig ca. alle 10 Jahre hervorbringt.

Der Grund für das nachlassende Wachstum zwischen 1980 und 2006 besteht darin, das der Lohnanteil an der Nettowertschöpfung in der OECD gesunken ist (von 67 auf 57 %) – wenn Löhne sinken, geht die Nachfrage zurück. Wäre die Lohnquote heute so groß wie 1991, wären 110 Mrd. mehr in den Taschen der Verbraucher. Diese Summe entspricht 4,4 % des Bruttoinlandsproduktes – das Geld hätte Beschäftigung gebracht.

Der Grund für Krisen in der kapitalistischen Wirtschaft ist die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich (der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, um mit Karl Marx zu sprechen).

Ein anderer Aspekt: 1960 betrug die Steuerquote 20 %, heute beträgt sie 6,7 %. Hätten wir heute immer noch eine Steuerquote von 20 %, gäbe es 75 Mrd. Euro mehr für den Fiskus. 44 Mrd. Euro könnte der Finanzminister ins Staatsäckel schaufeln, hätten wir noch eine Unternehmenssteuer wie 1960. Weitere 12 Milliarden würde die Vermögenssteuer bringen. Und die 80 Mrd. Euro an hinterzogenen Gewinnsteuern würde dem Finanzminister ebenfalls gut zu Gesicht stehen.

Hier war Schui dann auch schon bei der Frage, wie der Sozialstaat finanzierbar ist. Kurz gesagt ist es schlicht eine Frage der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Die zyklischen Krisen der kapitalistischen Wirtschaft entstehen dadurch, dass die Löhne regelmäßig nicht mit dem Wirtschaftswachstum mitkommen. Das Mehrprodukt durch die stetige Steigerung der Produktivität wird größtenteils als Gewinn abgeschöpft und nicht den Beschäftigten in Form entsprechender Lohnzuwächse gegeben. Wenn die Löhne sinken, sinken auch die Renten (deren Höhe an die der Löhne gekoppelt ist) und das Arbeitslosengeld (dito). Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.

Wenn nun ein Armer (oder weniger plakativ ausgedrückt: jemand, der nicht ganz so fürchterlich viel Geld hat) einen Zuwachs im Geldbeutel hat, gibt er das Geld aus. Lohnerhöhungen landen größtenteils im Konsum, fließen also in den Wirtschaftskreislauf zurück. Wenn ein richtig Reicher noch mehr Geld hat, fließt davon selten viel in den Kreislauf zurück, sondern wird angelegt, um noch mehr zu werden. Die Verteilung des Geldes sorgt also für die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Die große Koalition hat mehrfach die Steuern für Unternehmer gesenkt, und die FDP, gegenwärtig Oppositionspartei, fordert stereotyp immer wieder Steuersenkung. Sie verknüpfen ihr Tun bzw. ihre Forderung mit der Behauptung, wenn Unternehmer steuerlich entlastet würden, dann würden sie Arbeitsplätze schaffen. Die Wirklichkeit zeigt, dass das nicht zutrifft. Unternehmer investieren, wenn es sinnvoll ist, also wenn sie sich höhere Gewinne davon versprechen. Die gesparten Steuern werden also nicht investiert, sondern zwecks Vermehrung angelegt, und das Wachstum sinkt.

Die große Koalition hat außerdem immer wieder behauptet, durch Hartz IV habe es mehr Beschäftigung gegeben. Wenn man nur die Anzahl der Arbeitsplätze betrachtet, stimmt das sogar. Das Plus an Stellen entspricht aber tatsächlich nicht einem Plus an Beschäftigung. Dividiert man das Arbeitsvolumen (=die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden) durch die Anzahl der Beschäftigten, erhält man die durch den einzelnen Beschäftigten geleisteten Stunden, und die ist im Durchschnitt gesunken – die Zahl der Minijobber und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten ist gestiegen, und die verdienen z.T. so wenig, dass sie aufstockende Hartz IV-Leistungen in Anspruch nehmen müssen.

Das Konjunkturpaket ist nicht geeignet, der Krise zu begegnen, sondern lediglich dazu, die Gewinne zu erhöhen, am Ende also die Krise zu verschärfen. Momentan gibt es

Minicar Dirks

☎ 772211



Wir helfen mit, die Umwelt zu schonen: Die Hälfte unseres Fuhrparks fährt auf Erdgas bzw. LPG.

einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 6 %. Ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes wird von der Industrie erbracht. Sie erwirtschaftete im 1. Quartal 2009 22 % weniger als im 1. Quartal 2008. Die Auftragsbücher der Industrie verzeichnen ein noch größeres Minus: 38% weniger in 1/09 als in 1/08. Daraus folgt, dass 2009/2010 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung (und damit ein Rückgang der Beschäftigung) um 10 % zu erwarten ist. Bei derzeit 35 Mio. Beschäftigten wird das ein Plus von 3,5 Mio. Arbeitslosen; zusammen mit den vorhandenen Erwerbslosen werden wir dann eine Arbeitslosenquote von 20 % haben.

Um das zu verhindern, fordert Schui eine Konjunkturstützung in Höhe von 100 Mrd. Euro aus Staatsschulden und die gleichzeitige Einführung einer Missionärssteuer. „Von den Staatsschulden die Häuser, von den Steuern das Personal“ lautet seine Formel für den Einsatz des so aufgebrauchten Geldes. Die Regierung argumentiert dagegen, dass durch diesen Anschub die Importe gestärkt würden, damit also nur dem Ausland ein Nutzen entstünde. Dass das nicht stimmt, wies Schui anhand der Zahlen nach: Zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in EU-Länder – also würde sich der Anschub innerhalb der EU ausgleichen. Deutschland als bedeutendste Wirtschaftsmacht in der EU müsste damit den Anfang machen – stattdessen scheint Merkel sich durchwurschteln zu wollen: In anderen europäischen Ländern steigt der Druck (In Italien und Frankreich gibt es wesentlich mehr Widerstand als in Deutschland), dort werden die Menschen entsprechende Konjunkturankurbelungen durchsetzen, und Deutschland wird davon durch seine Exporte in diese Länder profitieren.

Fazit: Staatsschulden sind das einzige Mittel, um aus der Krise rauszukommen. Dann oben zu bleiben, ist eine Sache der Verteilungspolitik. Das sichert auch den Sozialstaat. □

Nur noch peinlich!

Im Gegenwind 243 schrieben wir, dass es in Deutschland noch 3 Schulen gibt, die den Namen Agnes Miegels tragen. In der letzten Ausgabe mussten wir dann auf 2 korrigieren und nun ist klar: Ab dem 1. Februar 2010 wird es nur noch eine Schule in Deutschland geben, die den Namen Miegels trägt: Nämlich die in Wilhelmshaven! Die Agnes-Miegel-Schule in Osnabrück wird dann den Namen der Pazifistin und ersten Trägerin des Friedensnobelpreises Bertha von Suttner tragen.

Wie schnell und einfach es ist, eine Umbenennung durchzuführen, hat der Rat auf seiner Sitzung am 19. Mai bewiesen, als er dem Gebäude der VHS und der Stadtbücherei den Namen Hans Beutz' übertrug (Siehe Ratssplitter auf Seite 6).

Doch die Chancen, dass auch in Wilhelmshaven die Miegel-Verehrung bald der Vergangenheit angehört, stehen gar nicht schlecht.

So gibt es auch in der SPD Beschlüsse, die eine Umbenennung der Schule zum Ziel haben. Ein Hemmnis soll noch die angebliche Hoheit der Schule über ihren Namen sein (eine Begründung, auf die sich auch OB Menzel zurückzieht). Das ist natürlich Quatsch – hier können der Schulausschuss und die Stadt Wilhelmshaven als Schulträgerin durchaus tätig werden.

In Wilhelmshaven wird die Auseinandersetzung in den nächsten Wochen und Monaten mit Sicherheit an Schärfe und Intensität zunehmen.

Wir empfehlen der Schulleitung der Agnes-Miegel-Schule und auch den zuständigen städtischen Gremien, sich schon mal nach einen neuen Namen für die Schule umzusehen. (hk)

Informationspflichten

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat der städtischen Mauschelpolitik einen Riegel vorgeschoben. Dadurch, dass immer mehr städtische Verantwortlichkeiten in irgendwelchen Holdings oder anderen Konstruktionen verschwinden, wird auch den Ratsmitgliedern die Möglichkeit der Kontrolle über die Finanzen dieser Gesellschaften genommen. FDP-Ratsherr von Teichman gewann jetzt einen Rechtsstreit gegen OB Menzel: Dieser muss nun doch die Ratsmitglieder über die finanziellen Transaktionen der ausgegliederten Gesellschaften informieren. (hk)

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421 / 99 49 90
 Fax: 0180-5060 3441 9546
 eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpfer (verantwortl.), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Matthias Tiller, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.600 Exemplare
 Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 16.06.2009

www.gegenwind-whv.de

 Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.



Aus der Schule geplaudert

Wenn dieser GEGENWIND gerade aus der Druckerei kommt, wird in Hannover eine Schulgesetz-Novelle durchgepeitscht, die die Integrierten Gesamtschulen zerstören soll. Mit der "Arroganz der Macht", wie es Christa Reichwaldt, die schulpolitische Sprecherin der LINKEN im Niedersächsischen Landtag, ausdrückt, beschließt Schwarz-Gelb das "Turbo-Abi" auch für Gesamtschulen – ohne die eigentlich übliche vorherige Anhörung von Verbänden und gegen den Widerstand nicht nur der Landtagsopposition, sondern auch zahlreicher kommunaler Mandatsträger und Funktionäre aus der CDU.

Im Kreis Friesland nimmt die IGS zum kommenden Schuljahr den Betrieb auf. Sie wird im Gebäude der Haupt- und Realschule Schortens ihren Sitz haben. Der Zuspruch zur IGS ist groß – so groß, dass 47 Bewerberinnen abgewiesen werden mussten. Da es in Schortens ab dem kommenden Schuljahr keine Haupt- und keine Realschule mehr geben wird, müssen diese 47 wie auch alle diejenigen, die sich nicht um einen Platz an der IGS beworben haben, in anderen Orten des Landkreises zur Schule gehen. Das sorgt für Unmut, der sich – zwar irrational, dennoch verständlich – auch gegen die IGS richtet.

In Wilhelmshaven haben Schüler und Schülerinnen der IGS zu Hunderten Petitionen an die Landesregierung geschickt. Sie weisen darauf hin, dass die Besonderheit der IGS durch den Zwang zum Abitur nach 12 Schuljahren, zerstört wird. Wenn die IGSen ab der 7. Klasse 13 Wochenstunden mehr aus dem prüfungsrelevanten Fächerkanon erteilen müssen, entfallen die Arbeitsgemeinschaften zur sozialen Erziehung, zur Musischen Bildung – das, was eine IGS zur IGS macht. Nach Christa Reichwaldts Einschätzung dient die Eile der Landesregierung, auf Geheiß und Verderb das neue Schulgesetz jetzt noch schnell zu verabschieden, dazu, den Protest zu ersticken, bevor der Bundestagswahlkampf beginnt. Es soll Ruhe auf der Stra-

ße einkehren. Schulkämpfe wie in diesem Jahr gab es hierzulande seit Jahrzehnten nicht mehr. Sie richten sich nicht nur gegen "Abi12", sondern auch gegen den Mangel an Lehrkräften. 4000 Bewerbungen gab es, aber nur 1400 Einstellungen. Die Begründung des Landes: Die BewerberInnen seien nicht qualifiziert genug. Na prima! Wer bildet Lehrerinnen und Lehrer denn aus?

Und der Protest richtet sich auch gegen die Abschaffung der Vollen Halbtagsgrundschule. Drei dieser Grundschulen – von der z.B. der vorige Kultusminister Busemann und der gegenwärtige CDU-Landtags-Fraktionsvorsitzende McAllister sagen, die seien die richtigen, die vorbildhaften Grundschulen – gibt es im Kreis Friesland, und auch von dort gab es Protestbriefe für die Landesregierung.

Die 90 Lehrerstellen, die die Abschaffung der Vollen Halbtagsgrundschulen einsparen wird, sind ein Tropfen auf den heißen Stein der Unterrichtsunterversorgung im Land, ebenso wie der Zwang für Teilzeitlehrkräfte, wieder auf volle Stunden zu gehen – man kann ja aber, wenn man schon dabei ist, die Bildung zu verschlechtern, gleich alles kaputt machen!

"Gegen der schwarz-gelben Bildungshorror auf die Straße gehen", so fordern die Landtagsgrünen zur Teilnahme am Bildungsstreik am Mittwoch, 17.6., auf; auch von der LINKEN Landtagsfraktion wird der Streikaufruf unterstützt.

In Wilhelmshaven geht es derweil um die Frage nach dem künftigen Standort des künftig einzigen städtischen Gymnasiums. Besorgt wendet sich der Schulleiterrat des KKG an der Niedersächsischen Landesrechnungshof: Die Stadt ist im Begriff, bei der Entscheidung zwischen zwei möglichen Standorten (Mühlenweg oder tom-Brok-Straße) die teurere Lösung zu wählen. "Wir bitten Sie dringend sich von Amts wegen an die Stadt Wilhelmshaven zu wenden und Offenlegung zu fordern, warum die Stadt eine teurere Lösung anstrebt, damit nicht erst im Nachhinein eine Rüge wegen Verschwendung von Steuergeldern erteilt werden muss, sondern aktiv Einfluss auf die Verwendung von Steuermitteln genommen wird. Da leider **Zeitdruck besteht (Stadtratsitzung, am 17.6.2009, in der jetzt vorzeitig die Entscheidung fallen soll)**, bitten wir um eine baldige Antwort bzw. Aktivität", schreibt der Schulleiterrat. Mal sehen, ob der erhört wird.

Anette Nowak



Veröffentlichung mit frdl. Genehmigung des Karikaturisten Ernst Schröder

Geteiltes Leid ist halbes Leid

Seit etwas über einem Jahr gibt es in Wilhelmshaven die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen

(noa) "Selbsthilfe" lautete das Thema der Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative am 12. Mai. Eingeladen war Anke Wellnitz, die vielen Gegenwind-LeserInnen z.B. als Mitarbeiterin der Beratungsstelle RAN und WIWA des Vereins Beratung, Kommunikation und Arbeit – die es leider nicht mehr gibt – bekannt sein dürfte.

Jetzt hat sie, wie sie sagt, ihren ersten "richtigen", also nicht befristeten Arbeitsplatz, und zwar beim Verein zur Förderung von Gesundheit und Selbsthilfe. Dieser Verein hat seinen Sitz in Wittmund, unterhält aber seit Anfang 2008 eine Kontaktstelle in Wilhelmshaven.

Bevor Frau Wellnitz jedoch von ihren Aufgaben dort berichtete, gab es einen Kurzfilm, der besser als ein Vortrag den Sinn und die Arbeitsweise von Selbsthilfegruppen zeigte. Ein Alkoholiker, die Mutter eines Kindes mit Down-Syndrom und ein Angstkranker berichteten darüber, wie ihr Leben durch die Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe sich verändert hat.

Wer ein schwerbehindertes Kind bekommt oder durch eine Sucht oder Krankheit beeinträchtigt ist, erlebt dies zunächst einmal als großes Unglück, gar als Katastrophe, zweifelt daran, unter diesen neuen Bedingungen das Leben noch bewältigen zu können, ist rat- und hilflos. Die eigenen Ressourcen zur Bewältigung werden meist unterschätzt.

In einer Selbsthilfegruppe findet man Kontakt zu anderen Menschen, die ein ähnliches Schicksal erleben, Menschen, die das Problem kennen, die sich einfühlen können, weil sie gleich betroffen sind. Man findet Verständnis und die Möglichkeit, sich auszusprechen und Erfahrungen mitzuteilen, die andere, nicht betroffene Menschen im allgemeinen nicht nachvollziehen können. Alle Erfahrungen zeigen: Die Lebensqualität erhöht sich, die Krankheitsintensität bzw. der Leidensdruck nimmt ab, und der Umgang mit der Krankheit bzw. der schwierigen Lebenssituation wird angemessener.

Das alles klappt aber nur unter der Bedingung, dass die Teilnahme an einer solchen Gruppe freiwillig erfolgt. Jemanden, der nicht dazu bereit ist, zur Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe zu nötigen, wird eher gegenteilige Wirkungen zeitigen. Freiwilligkeit ist daher ebenso ein Kriterium für eine Selbsthilfegruppe wie die Beschränkung auf Betroffene oder Angehörige (je nach Gruppe). Und dann ist es ganz einfach: Es gibt ein Gründungstreffen und eine Bekanntmachung darüber, und die Selbsthilfegruppe besteht und trifft sich regelmäßig.

Da Menschen, die von einem Schicksalsschlag oder einer Krankheit getroffen werden, oft nicht die Kraft und den Mut aufbringen, eine Gruppe ins Leben zu rufen, ist es gut, dass es eine Kontaktstelle gibt. Anke Wellnitz kann bei der Gründung einer Gruppe helfen und hat auch schon, seit die Stelle besteht, bei einigen "Geburtshilfe" geleistet, sprich: Sie hat etwa zehn Gruppen mit gegründet.

Auch wenn jemand es selber schaffen kann und Leute für eine Gruppe findet, ist es sinnvoll, Frau Wellnitz zu kontaktieren und in Anspruch zu nehmen. Sie kann nämlich dabei helfen, Zuschüsse zu bekommen. Zwar darf eine Selbsthilfegruppe niemanden hauptamtlich beschäftigen, also keinen Arbeitsplatz einrichten (wenn sie so weit kommt, ist es keine Selbsthilfegruppe mehr, sondern eine Beratungsstelle), aber einige Ausgaben hat sie doch: für Porto etwa oder für ein Honorar, wenn sie mal einen Profi einlädt.

Woher kommt das Geld für diese Zuschüsse? "Ein gut informierter Patient spart Geld und Zeit. So sehen es auch die Krankenkassen", erklärte Anke Wellnitz. Deshalb halten die gesetzlichen Krankenkassen 0,24 ct pro Mitglied für die Selbsthilfe vor.

Die kritische Frage von Günther Kraemer, ob staatliche Stellen sich auf die Selbsthilfe verlassen und dadurch Geld sparen, muss wohl bejaht werden. Doch das ist gewiss kein Grund, gegen diese Form der Krankheitsbewältigung zu sein – wenn man sich besser fühlt und besser mit dem Leben klar kommt, ist das allemal mehr wert, als dem Staat Kosten zu verursachen, sich aber schlecht zu fühlen.

Seit der Einrichtung der Kontaktstelle ist Wilhelmshaven kein weißer Fleck auf der Landkarte mehr. Doch es gibt noch viel zu tun. Zurzeit gibt es 44 Selbsthilfegruppen in Wilhelmshaven (s.u.), aber ein Blick aufs Umland legt nahe, dass da noch viel fehlt: Im Kreis Friesland gibt es 120, in Oldenburg gar 360. □

Am 4. September findet im Gorch-Fock-Haus ein Selbsthilfetag statt. Er steht unter der Frage: "Wie verantwortlich geht der Staat mit Selbsthilfe um?"

Folgende Selbsthilfegruppen gibt es momentan in Wilhelmshaven:

Alleinerziehende, Alzheimer, Angst- und Panikstörung/Depression, behinderte und retardierte Kinder, chronische Schmerzen, Diabetes, Down-Syndrom, Fibromyalgie, Hirn-Aneurisma, Homosexualität, Hypophyse/Ne-benniere, Kehlkopf, Kontinenz, Krebs-Frauenselbsthilfe, Krebs allgemein, Blasenkrebs, Darmkrebs, Prostatakrebs, Vulvakrebs, Krebs bei Kindern, Lungenernephsem, Lupus Erythematodes, Multiple Sklerose, Nieren/Dialyse/Transplantation, Osteoporose, Parkinson, Restless Legs Syndrom, Rheuma, Schlafapnoe, Spielsucht, Tinnitus,

Trauer – frühverwaiste Eltern, Trauer – Verlust eines Kindes, Trauer – Verlust des Partners. Wem ein Thema fehlt oder wer Kontakt zu einer der bestehenden Gruppen wünscht, sollte sich an Anke Wellnitz von der Kontaktstelle wenden, die sich als Anlaufstelle sieht, vermittelt, koordiniert und vernetzt, Gründungshilfe geben kann und Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit leistet. Die Kontaktstelle ist bei der AOK zu finden (solange deren Umbau dauert, in deren Ausweichquartier in der Stadthalle) und ist montags und dienstags von 9 bis 13 Uhr und donnerstags von 15 bis 18 Uhr geöffnet und per Telefon unter 29274777 zu erreichen.

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

SPOONER

Anziehsachen

Marktstr. 19
gegenüber Hertie
26382 WHV



www.myspace.com/spooneranziehsachen

NEU Cyroline T-shirts 14,99€



Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

ELCO!

Nachgetreten

Im letzten Gegenwind wunderten wir uns darüber, dass die Partei Die Linke mit zwei Informationsständen auf der 1.Mai-Veranstaltung des DGB anwesend war. Wir schrieben damals: *Ist Ihnen aufgefallen, dass auf dem Maifest zwei Infostände der Linken aufgebaut waren und dass die jeweiligen Standbetreiber sich nicht einmal mit dem Hin... anschauten? Da werden wir wohl mal nachfragen müssen!*

Daraufhin bekamen wir einen **Leserbrief von Hans-Günter Osterkamp:**

Pfeifen es die Spatzen nicht schon seit längerer Zeit von den Dächern Wilhelmshavens, dass da einige Dinge, die mutmaßlich mit Anstand und Würde nichts mehr zu tun haben sollen, wirklich überprüfenswert wären? Dürfte das nicht auch der Gegenwind-Redaktion längst aufgefallen sein und nicht erst seit den Feststellungen am 1. Mai 2009 ??? Aber ich bin mal gespannt, welche Fragen die Gegenwind-Redaktion den jeweiligen Standbetreibern stellen wird und welche Antworten darauf erfolgen. Ja, ich bin gespannt auf die nächste Gegenwind-Ausgabe.

Hier nun die Stellungnahmen der jeweiligen Standbetreiber. **Das Mitglied der Linken Norbert Krüger schreibt:**

Bereits zum 1. Mai 2008 war die Partei "DIE LINKE" mit einem eigenständigen Infostand vertreten. Ein 2. Stand war von der LAW. Genauso war es in diesem Jahr. Du möchtest aber ja wissen, wie es dazu gekommen ist. Auf unsere Nachfrage bei der Kreisvorsitzenden A. Nowak wurde uns mitgeteilt, dass die Partei DIE LINKE keinen eigenständigen Stand zum 1. Mai geplant hat, sondern sich wie im Vorjahr an dem Stand der LAW (Linke Alternative Wilhelmshaven) beteiligen will.

Der Stand vom Jahr 2008 der LAW und der von 2009, erstmals geschützt von einem Schirm der Partei DIE LINKE, war keine reine Augenweide und auch nicht mit Mitgliedern besetzt, die der offiziellen Programmatik der Partei DIE LINKE nahe standen. (Gegner des Zusammenschlusses von WASG und Linkspartei, die der Meinung sind, linke Politik in Wilhelmshaven vertritt nur die LAW, und dies auch am Stand äußerten.)

Wir haben dann einen Infostand für die Landesarbeitsgemeinschaft "Behindertengerechte Politik" in der Partei DIE LINKE für diese Maiveranstaltung angemeldet. Wir wollen gewährleisten, dass die Partei in der Öffentlichkeit und bei den Wählern angemessen, mit ausreichendem politischem Material und positiver Ansprache begegnet wird. Im Nachhinein haben wir festgestellt, dass diese Entscheidung richtig war.

Nebenbei: Dem Vorstand des Kreisverbandes der Partei gelingt es nicht, ein eigenständiges Bild der Partei DIE LINKE zu erzeugen. Inwieweit es Unvermögen oder gezielt geschieht (A. Nowak, B. Ramien sind oder waren auch im Vorstand der Wählergemeinschaft LAW), ist Spekulation. Der Ratscherr der LAW Johann Janssen war gegen die Parteivereinigung und war aus der WASG ausgetreten. Dies führte dann auch zum Austritt Gerold Tholens aus der LAW, da er nicht ausschließen konnte, dass extreme oder nicht verständliche Positionen vertreten werden. Es wird aber an Verständigungen gearbeitet.

Stellungnahme der Kreisvorsitzenden

Anette Nowak:

Gerold Tholen hat mit zwei weiteren Personen einen eigenen Stand gemacht, ohne diese Absicht dem Kreisverband mitzuteilen. Es gab deshalb auch kein Gespräch darüber, ob das sinnvoll und nützlich wäre. Gerold kommt nicht zu den regelmäßigen

Treffen des Kreisverbandes, auch nicht zum kommunalpolitischen Arbeitskreis. Wir wissen deshalb wenig darüber, was er will und was er denkt. Das ist so, seit er aus der LAW und der LAW-Fraktion ausgetreten ist. Mehrere Versuche, mit ihm ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam Politik zu machen, schlugen fehl. Er hat neulich nur geäußert, dass er sich an die Beschlüsse des Kreisverbandes nicht gebunden fühlt.

Gerolds Stand am 1. Mai war nicht so aufgemacht, dass er als Konkurrenz zum Stand des Kreisverbandes wirkte. Es ist nicht so, dass wir uns gegenseitig nicht mit dem Arsch angeschaut hätten - es gab Gespräche zwischen einzelnen Personen der beiden standbetreibenden Gruppen.

Wenn Gerold weiterhin macht, was er will, und sich nicht darum kümmert, was die Mehrheit beschließt, dann werden wir das so lange dulden, wie es der Partei nicht schadet. Es wäre bestimmt schädlich, das zu tun, was uns viele Menschen raten, die am Rande das Kommunikationsproblem zwischen der Mehrheit des Kreisverbandes und der Gruppe um Gerold mitbekommen, nämlich ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn anzustrengen oder gar noch schwerere Geschütze aufzufahren. Wir stehen in Wilhelmshaven ziemlich gut da - das Wahlergebnis (das beste aus dem ganzen Landesverband) zeigt, dass wir eine Rolle spielen.

Ich möchte linke Politik machen und nicht allzu viel Zeit und Energie damit vergeuden, mich über eine innerparteiliche Opposition aufzuregen, von der wir die inhaltlichen, die politischen Unterschiede zu uns nicht kennen, weil es darüber keine Auseinandersetzung gibt. Natürlich wäre es uns lieber, es gäbe diese Auseinandersetzung und diese wäre fruchtbar - wir würden gerne alle mitnehmen!

Anzeige

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Freier Zugang zum Sandstrand!

Anfang Juni besuchte eine junge Familie aus München Verwandte in Wilhelmshaven. Rechtzeitig vorher hatte die Mutter für den 10 Monate alten Sohn ein Eimerchen und diverse Förmchen zum „Sandeln“ gekauft – schließlich wollte man eine Woche an der See verbringen, und da gibt es doch Sand ohne Ende!

Tja, aber in Wilhelmshaven gibt es keinen Sandstrand mehr. Dort, wo es einen gab, befindet sich jetzt die Baustelle für den JadeWeserPort. Und wenn man dann bis nach Hooksiel oder sonstwohin im Wangerland fährt, muss man auch noch Eintritt zahlen.

Wir haben im letzten Jahr bei unserer Unterschriftensammlung für die kostenlose Beförderung ins Wangerland und für kostenlosen Zugang zum Sandstrand von vielen Wilhelmshavenern und auswärtigen Gästen erfahren, dass wir nicht die Einzigen sind, die den Verlust des Geniusstrandes bitter beklagen. Und obwohl wir letzten Sommer für unseren Antrag im Rat keine Mehrheit bekamen, lassen wir nicht locker:

Betr.: 1 Antrag zur Ratssitzung am 17.06.2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, hiermit stelle ich zur oben genannten Ratssitzung folgenden Antrag:

1 WTF und Verkehrsbetriebe werden aufgefordert, für Wilhelmshaven, insbesondere für den Stadtnorden eine bessere Verkehrsanbindung an den Hooksiel Strand zu organisieren.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Wangerland in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel eines freien Zugangs für Wilhelmshavener an die Strände des Wangerlandes.

Begründung:

Durch den Verlust des Geniusstrandes gibt es für Wilhelmshavener keinen Zugang zu einem Sandstrand am offenen Meer. Das ist für eine Stadt, die sich auch touristisch aufgestellt hat, ein großes Manko und ein Armutszeugnis. Die Wangerländer haben einen freien Zugang zu ihren Stränden erreicht. Das muss in Zukunft auch für Wilhelmshavener möglich sein. Es kann nicht angehen, dass die Bürger Wilhelmshavens, besonders die aus dem Stadtnorden, ihren Strand ohne jede Gegenleistung geopfert haben sollen

Johann Janssen

Wie jetzt?

Verwirrspiel des Sozialdezernenten

(noa) "Stadt ändert Maßstab für Mietzuschüsse", konnte man am 30. Mai auf der Titelseite der WZ lesen. Und: "Hunderte von Wilhelmshavener Hartz IV-Empfängern können hoffen. Möglicherweise müssen sie künftig weniger oder nichts mehr zu ihren Mieten zuzahlen."

Wilhelmshavens Sozialdezernent Jens Stoffers hatte zuvor schon den Sozialausschuss des Rates damit überrascht, dass er ankündigte, auf der Grundlage neuen Datenmaterials werden sich veränderte Mietobergrenzen ergeben. Dort hat (verblüfft?) niemand nachgefragt, obwohl es doch reichlich seltsam ist: Jens Stoffers war derjenige, der schon vor den Sitzungen der zuständigen Gremien von einem Revisionsantrag gegen das Urteil des Landessozialgerichts vom 11.12.08 gesprochen hat, der in der WZ das Urteil so umdeutete, als habe das Gericht der Stadt größtenteils Recht gegeben und nur in einer klitzekleinen Kleinigkeit die Berechnungen der Stadt gerügt. Und nun sagt derselbe Sozialdezernent: "Hätte der VA nein gesagt, hätten wir die Revision wieder zurückziehen können." (WZ, 30.05.08, S. 8) "Können", das klingt so, als hätte er das gerne getan, als be-daure er die Entscheidung des Verwaltungsausschusses, seinem Rat folgend Revision einzulegen.

Rätselraten

Auch in Kreisen der Betroffenen gibt es Überraschung, Rätselraten, Spekulationen. Will Stoffers, will die Stadt sich nun doch an das LSG-Urteil halten?

Nein. Gegenüber der WZ erklärt Stoffers immer noch beharrlich, das bewusste Urteil betreffe nur einen Einzelfall. Dass das LSG eine Abschrift des Urteils schon ganz von selber an das Bundessozialgericht gegeben hat, geschah wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Urteils, und deswegen hat es die Revision auch zugelassen. Wäre es kein Grundsatzverfahren gewesen, hätte das LSG sich auch nicht die Mühe gemacht, monatelang in über einem Dutzend städtischer Aktenordner zu wühlen und eine Tabelle über für Wilhelmshaven angemessene Miethöhen

nicht nur für die dreiköpfige Klägerfamilie, sondern für alle denkbaren Haushaltgrößen aufzustellen.

Mietzuschuss?

Auch der Sprachgebrauch des Sozialdezernenten in dieser Frage lässt Rückschlüsse zu: "Mietzuschüsse" für HilfeempfängerInnen sind im Sozialgesetzbuch II nicht vorgesehen. Dieses Wort klingt, als müssten Arbeitslosengeld II-Berechtigte im Prinzip ihre Miete selber zahlen und bekämen dazu lediglich einen Zuschuss. Tatsächlich bestimmt das Gesetz, dass das Arbeitslosengeld II aus dem Regelsatz und den Kosten der Unterkunft besteht, und der Zusatz, "sofern diese angemessen sind" bedeutet, dass ein Zuzahlen nicht die Regel, sondern die Ausnahme darstellt.

Dafür, dass grundsätzlich die vollen Unterkunftskosten vom Amt zu tragen sind, gibt es einen prominenten Kronzeugen: Wolfgang Clement, damals Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, ließ 2004 – als Hartz IV in Vorbereitung war – erklären: "Nach der Wohngeldstatistik 2002 liegt die durchschnittliche tatsächliche Miete arbeitsloser Wohngeldempfänger (Arbeitslosenhilfe- bzw. Arbeitslosengeld-Bezieher) in den alten und neuen Bundesländern nicht über der durchschnittlichen tatsächlichen Miete für Haushalte von Sozialhilfeempfängern. Daraus ergibt sich, dass die ganz überwiegende Mehrzahl der Haushalte, die ab dem 1.1.2005 Arbeitslosengeld II beziehen werden, bereits in Wohnungen lebt, der als angemessen im Sinne der Sozialhilfe anzusehen ist, so dass die Unterkunftskosten auch im Rahmen des Arbeitslosengeldes II erbracht werden können."

Gerichtliche Auseinandersetzungen über die Kosten der Unterkunft gibt es fast in allen Städten. Das Besondere an Wilhelmshavens Haltung dazu ist: Die hier noch geltenden

Obergrenzen für die Mieten von Alg II-Berechtigten liegen sogar noch unterhalb der Werte aus der Wohngeldtabelle. Andernorts klagen die Hartz IV-Opfer dagegen, dass ihre Kommune diese Werte zur Höchstgrenze erklärt hat; in Wilhelmshaven haben die Betroffenen über jedes Urteil, das ihnen wenigstens diese Summe zugestand, gejubelt.

Wer weiß – hätte Wilhelmshaven wenigstens Mieten in dieser Höhe getragen, vielleicht wäre es dann zu der Klage, die mit den LSG-Urteilen am 11.12.08 abgeschlossen wurde, gar nicht erst gekommen.

Möglicherweise liegt ja der Ankündigung von Herrn Stoffers so eine ähnliche Überlegung zugrunde. Dass er nicht vorhat, das LSG-Urteil zu befolgen, zeigt sich auch an der in der WZ genannten Angabe "Hunderte von Wilhelmshavener Hartz IV-Empfängern" – bei Zahlung der Mieten, wie sie das LSG für angemessen hält, wären mindestens 1.500 Bedarfsgemeinschaften betroffen.

Anfrage der LAW

Vielleicht bringt ja die nächste Ratssitzung am 17. Juni etwas Licht ins Dunkel. LAW-Ratsherr Johann Janssen, der den Rat schon lange mit diesem Thema nervt, hat jedenfalls rechtzeitig eine kleine Anfrage abgeschickt, in der er zu wissen begehrt:

- "Warum hat die Stadt nicht abgewartet, bis über die Revision entschieden wurde, sondern hat jetzt eine neue Rechenmethode erfunden?"
- Wie ist die Stadt auf die neue Rechenmethode gekommen, was ist dafür die Grundlage?"
- Inwieweit folgt die Stadt mit ihrem veränderten Maßstab der Berechnung angemessener Mietkosten (das Dreisäulenmodell) dem Gerichtsurteil des LSG vom 11.12.08?"

Übrigens: Wie uns eine "Kundin" des Job-Centers mittelt, war die Absicht der Stadt, die Miethöhen neu zu berechnen und wenigstens ein bisschen nach oben zu korrigieren, bis 8. Juni in der Leistungsabteilung des Job-Centers nicht bekannt. Die Mitarbeiterin, mit der sie über ihre Nöte bei der Wohnungssuche sprach, hat sich aber gerne die beiden WZ-Artikel vom 30. Mai kopiert. □

WWW.BASU-WHV.DE AUF DEM BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN: WWW.BUERGER-WHV.DE: 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT



ÜBER DIESES MARODE GLEIS (Ölweiche) SOLL DER AUFSCHWUNG FÜR WILHELMSHAVEN KOMMEN - ODER DOCH NICHT - ODER DOCH NICHT RECHTZEITIG?

Die Bahn kommt, die Bahn kommt halt, als würde sich die Stadt nicht bis 2012 nicht...das sind die Schlagzeilen der Hafenlobbyisten, die hoch und heilig den Aufschwung für eine ganze Region versprechen und so gar keinen Bezug mehr zur Realität haben, während die Weltwirtschaft dramatisch stagniert und niemand so richtig weiß, ob wir nicht schon in die nächste Krise schliddern. Sogar in der Redaktion des lokalen Heimatblattes ist angekommen, was schon lange offensichtlich ist: Wilhelmshaven kollabiert - und liebe Redaktion: nicht nur die Gökerstraße! Haarscharf schrammte Wilhelmshaven an der Zwangsverwaltung durch die Kommunalaufsicht vorbei, da redet man schon vom nächsten Nachtragshaushalt, als würde sich die Stadt nicht bis 2012 auf über 42 Millionen Euro verschulden. Die Frage der Wilhelmshavener Holding ist immer noch nicht geklärt, d. h. auch hier weiß niemand aus dem Rat oder irgendein Bürger, wie dort gewirtschaftet wird und wohin die vielen Millionen Steuergelder „verschwinden“. Der Oberbürgermeister hat nun seinen 24zigsten Posten und dessen Tag hat wohl 25 Stunden - wie sonst soll man 24 Posten, Aufsichtsratsmandate etc. bewältigen! Die Menschen haben die Versprechungen satt, was die Zahl der Nichtwähler bei der Europawahl 2009 auch in Wilhelmshaven mit 65,8 Prozent dokumentiert...und der Bürger zahlt die Zeche, egal was kommt! Toll!

BILDUNG | ARBEIT | SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHRI

Das Letzte

Es gibt so vieles, über das wir gerne noch berichten würden, aber meist fehlt es am Platz, manchmal auch an der Zeit. Hier gibt es die Meldungen, die der Nachwelt erhalten bleiben müssen.

Werbetrick?

Das kam uns doch gleich wie ein Werbetrick der Hafenlobby vor: Die mit großem Brimborium angekündigte und begonnene Ausbildung zu Hafenlogistikern wird "gestreckt", d.h., dass die Ausbildung irgendwann später stattfinden soll. Sollte es etwa darum gehen, die bereits ausgebildeten und von Arbeitslosigkeit bedrohten Kräfte vom Bremer Gesamthafenbetriebsverein einzusetzen?

Will man eigentlich nicht mehr lesen

Die Wilhelmshavener Zeitung zum "Vorbild Manfred von Richthofen: Kaum ein Name lässt die Herzen der Flieger höher schlagen wie der Name Manfred von Richthofen. Auch über 90 Jahre nach seinem Fliegertod hat der Name nichts von seinem Mythos verloren. Heute steht der Name für Ehrenhaftigkeit, Tapferkeit vorbildliche Haltung und militärische Leistungen." Mir wird schlecht!

Ins Leere

ging der Versuch des Kraftwerkbetreibers GDF SUEZ (ehem. Electrabel), die Bürger mit einer Bürgersprechstunde zu ködern. Dass die Kraftwerksgegner sich von den Betreibern der in Bau befindlichen Anlage seit langer Zeit veräppelt fühlen, stand sogar schon im Gegenwind. Der Projektkoordinator Frank Albers dazu in der Wilhelmshavener Zeitung vom 5. Juni: "Für uns ist das ein Signal dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Diskussionen sind eben alle bereits geführt". Na denn!

Hier wird gefälligst nicht geblüht!

Anfang Mai zeigte sich die Natur in der Stadt in aller Pracht. An vielen Ecken wucherten Wildblumen und -gräser, dass es nur so eine Freude war und die steinernen Auswüchse städtischer Bauwut kurzzeitig vergessen machte. So zum Beispiel auf den Baumscheiben (den Beeten rings um die Straßenbäume) am Südrand der östlichen Weserstraße. Es machte schon stutzig, dass die Sensenmänner des Grünflächenamtes den bunten Blüten von Storchschnabel & Co nicht den Garaus machten. Wozu auch sollten knappe Personalmittel für so einen Unfug verschwendet werden? Nicht mal die Verkehrssicherungspflicht könnte hier von der Golfrafraktion bemüht werden: Die Parkflächen zwischen den Bäumen sind seit langem aufgehoben und der Bürgersteig ist breit genug. Ja, man könnte sogar die ehemaligen Parkflächen entsiegeln und ein durchgehendes Beet mit Wildblumenwiese entlang der Baumreihe schaffen. Die Bäume wären für mehr Luft- und Wasserzufuhr im Wurzelraum sicher dankbar. Doch eines Morgens war es soweit: Das Schnitter machten die bunten Lichtblicke mit tiefgestelltem Mähwerk sozusagen dem Erdboden gleich. Zurück blieb ein graugrünes Nichts. Warum muss mitten in der Vegetations- und Brutzeit die kleinste Oase für Wildpflanzen und Insekten im sterilen Einheitsgrün so radikal platt-

gemacht werden?

Wenn das der OB hört!

Demonstration gegen den geplanten Bau eines Kohlekraftwerks. Der Redner geißelt die Kohlekraft als "Technik von gestern." Die versprochenen Arbeitsplätze seien nur , süßes Gift'. Zukunftsträchtige Arbeit bieten vor allem die erneuerbaren Energieträger wie die Windkraft. Der Ort der Rede liegt leider im 70 Kilometer entfernten Emden. Der Redner? SPD-Landeschef Garrelt Duin. In Wilhelmshaven glaubt die SPD, mit dem Bau von Kohlekraftwerken in vorderster Front gegen die drohende Klimakatastrophe zu stehen. Ob die Menzels, Neumanns und Schmidts wissen, dass die Erde keine Scheibe ist?

Was geht denn da ab?

Erster Versuch: Ratssitzung im November 2008. Die Verwaltung möchte die Abwassergebühren erhöhen. Der Rat lehnt wohlbegründet ab. Zweiter Versuch: Am 24. März 2009 beschließt eine knappe Ratsmehrheit (CDU, FDP, Grüne + OB Menzel) eine Erhöhung der Abwassergebühren. Gestandene SPD-Ratsherren wie Gabriels und Barkowsky reagieren sauer. Holger Barkowsky: "Es kann doch nicht angehen, dass man über ein Thema so lange abstimmen lässt, bis einem das Ergebnis letztlich passt."

Die Schelte gegen die aufmüpfigen SPD-Ratsherren kam natürlich umgehend: Die Vorwürfe von Barkowsky und Gabriels seien "völlig abwegig, die Erhöhungen seien rechtlich einwandfrei und unausweichlich". Dass die Verwaltung immer mal wieder versucht, bereits abgelehnte Vorlagen durchzusetzen, sei, sagt Menzel, rechtlich einwandfrei. Dass für die Schuldenlast ein unrealistischer Zinssatz angesetzt wurde, sei ja so beschlossen worden (wussten Sie, dass der Wilhelmshavener Stadtrat die Höhe des Zinssatzes bestimmt?) – ab 2011 werde sich da vielleicht etwas ändern, ließ Stadtkämmerer Hoff verlauten.

Schützenhilfe bekommt die Verwaltung von der FDP (die ja die Erhöhung mitgetragen hat): Man beklagt das "Geschrei der SPD", und FDP-Radmer lässt sich mit folgenden Satz in der WZ zitieren: "Die sogenannten kalkulatorischen Zinsen seien notwendig in die Berechnung einzustellen, um einmal eine Verzinsung des Eigenkapitals abzubilden, andererseits um die langfristigen Zinsbelastungen durch das aufgenommene Kapital in der Kalkulation aufzeigen zu können." Ey Boah! Was natürlich völliger Blödsinn ist – die FDP bläst eben immer noch gerne Finanzblasen.

Doch trotz dieser liberalen Levitenlesung bleiben die SPD-Genossen hart und beweisen, dass sie in der Finanzwelt zu Hause sind: Die Verwaltung hätte die Höhe der kalkulatorischen Zinsen zugunsten der Gebührenzahler aufgrund des anhaltenden Niedrigzinssniveaus senken können. Die Einlassungen der FDP werden als "Interpretationsversuche" geißelt. Und, da ist sich die SPD sicher, der erwartete Gewinn der Entsorgungsbetriebe von 2,6 Millionen Euro wird die Frage aufwerfen, was am wirtschaftlichen Verständnis und der Glaubwürdigkeit vieler Ratsmitglieder dran ist.

Was fehlt? Ach ja, die CDU. Auch sie verteidigt mit verhaltener Kraft die beschlossenen Erhöhungen als gesetzlich vorgeschrieben. Vielleicht könnten ja im nächsten Jahr die Gebühren wieder gesenkt werden.

Ist das noch auszuhalten? Für wie blöd halten die Herren Hoff, Menzel, Graul und Companie

die Bürger eigentlich?

Wir wollen unseren alten Kaiser...

Wussten Sie, dass die Gesellschaft für Wilhelmshavener Studien (GWS) über die Internetplattform der Stadt Wilhelmshaven zu erreichen ist? Hier die Adresse: www.wilhelmshaven.de/gws/index-gws.htm. Das allein ist schon ein Skandal – seit wann werden private Vereine über einen solchen Weg gefördert?

Auf der Internetseite sind dann Sätze wie der Folgende zu finden: *Die wilhelminische Epoche steht für die Verknüpfung von politischer und kultureller und technischer Entwicklung. So konservativ und autoritär bürgerlich Staat und Gesellschaft auch waren, diese Epoche brachte auch den Jugendstil und zahlreiche technische Innovationen hervor, deren Auswirkungen sich erst in der relativ offenen Gesellschaft der Weimarer Republik zeigten.*

Was hat Kaiser Wilhelm II. in seinem Leben so Großartiges geleistet, dass hier in Wilhelmshaven eine Gesellschaft für Wilhelminische Studien höchste Reputation erfährt?

- Wilhelm II. war zweifelsohne der Vorgänger Hitlers in Amt und Geist. Kaiser Wilhelm II. war der Mann, der während seiner dreißigjährigen Regierungszeit seine ganze Energie daran gesetzt hat, die Demokratisierung Preußens und des Reiches zu verhindern.

- Er hat alle Bemühungen, die von Deutschland ausgelösten Spannungen zu vermindern und den Frieden, etwa durch Abrüstung oder durch die Einführung einer internationalen Gerichtsbarkeit, mit unerhörter Aroganz abgelehnt.

- Er hat dann mit seinen Kriegserklärungen gegen Russland und Frankreich den Ersten Weltkrieg ausgelöst.

- Der letzte regierende Hohenzoller hat, als die Katastrophe eingetreten war, vier Jahre lang jeden Kompromissfrieden verhindert.

- Als Pensionär in den Niederlanden hat er sich die größte Mühe gegeben, die Republik zu stürzen. Kaiser Wilhelm fand nie ein Wort des Bedauerns oder gar Entschuldigung für die Millionen Menschen, die seiner verbrecherischen Politik zum Opfer gefallen sind, und schließlich entblödete er sich nicht, die Hilfe der Nazis einzufordern, um Kaiser von Hitlers Gnaden zu werden - aber sie benötigten ihn nicht.

Dass da nun einige Leute wie der Historiker Jörg-Michael Henneberg, Wilhelmshavens Stadtrat Jens Graul und andere mehr oder weniger bedeutsame Herren auf Umwegen versuchen, dem üblen Treiben des ehemaligen Kaisers zumindest noch eine positive kulturelle Note zu verpassen, mag noch angehen: Wiederholt übte Wilhelm II. unmittelbar Einfluss auf die Entwicklung der Stadt aus und scheute sich auch nicht davor, Entwürfe für Marine-Denkmäler, die ihm grundsätzlich vorzulegen waren, persönlich zu korrigieren. Aus seiner "Privatschatulle" trug der Kaiser zur Finanzierung von Bauten wie der "Kaiser-Friedrich-Kunsthalle" - benannt nach seinem Vater Friedrich III. - oder der Banter Kirche bei. (Quelle: http://www.wilhelmshaven.de/gws/Wilhelm_II.htm). Dass die Stadt Wilhelmshaven solches Tun unterstützt, ist unerträglich.

Ahoi!